

**Offenlegungsbericht
der Sparkasse Herford
Offenlegung gemäß CRR zum
31.12.2020**

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Informationen.....	4
1.1	Einleitung und allgemeine Hinweise	4
1.2	Anwendungsbereich (Art. 431, 436 und 13 CRR, § 26a KWG).....	4
1.3	Einschränkungen der Offenlegungspflicht (Art. 432 CRR)	4
1.4	Medium der Offenlegung (Art. 434 CRR).....	5
1.5	Häufigkeit der Offenlegung (Art. 433 CRR).....	5
2	Risikomanagement (Art. 435 CRR).....	6
2.1	Angaben zum Risikomanagement und zum Risikoprofil (Art. 435 (1) CRR).....	6
2.2	Angaben zur Unternehmensführung (435 (2) CRR).....	6
3	Eigenmittel (Art. 437 CRR).....	8
3.1	Eigenkapitalüberleitungsrechnung	8
3.2	Hauptmerkmale sowie vollständige Bedingungen der begebenen Kapitalinstrumente.....	9
3.3	Art und Beträge der Eigenmittelelemente.....	9
4	Eigenmittelanforderungen (Art. 438 CRR)	10
5	Kapitalpuffer (Art. 440 CRR)	11
6	Kreditrisikoanpassungen (Art. 442 CRR).....	14
6.1	Angaben zur Struktur der Kreditportfolios	14
6.2	Angaben zu überfälligen sowie notleidenden Positionen und zur Risikovorsorge	17
7	Inanspruchnahme von ECAI und ECA (Art. 444 CRR)	20
8	Beteiligungen im Anlagebuch (Art. 447 CRR).....	22
9	Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 CRR)	24
10	Marktrisiko (Art. 445 CRR)	25
11	Zinsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 CRR)	26
12	Gegenparteiausfallrisiko (Art. 439 CRR).....	28
13	Operationelles Risiko Art. 446 CRR)	29
14	Belastete und unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 CRR)	30
15	Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	34
16	Verschuldung (Art. 451 CRR).....	39

Abkürzungsverzeichnis

a. F.	Alte Fassung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
CRR	Capital Requirements Regulation
ECA	Exportversicherungsagentur
ECAI	aufsichtsrechtlich anerkannte Ratingagentur
EWB	Einzelwertberichtigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
IVV	Instituts-Vergütungsverordnung
k. A.	keine Angabe (ohne Relevanz)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute
OGA	Organismen für gemeinsame Anlagen
PWB	Pauschalwertberichtigung
SolvV	Solvabilitätsverordnung

1 Allgemeine Informationen

1.1 Einleitung und allgemeine Hinweise

Seit der Überarbeitung der aufsichtsrechtlichen Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung international tätiger Banken durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Jahr 2004 besteht das Grundkonzept aus drei sich ergänzenden Säulen. Die dritte Säule ergänzt die quantitativen Vorgaben der ersten Säule (insbesondere Mindestkapitalanforderungen) und das interne Risikomanagement sowie Überprüfungsverfahren der Bankenaufsicht (zweite Säule). Mit der dritten Säule verfolgt die Aufsicht das Ziel, die Marktdisziplin zu erhöhen, indem Marktteilnehmern umfassende Informationen zum Risikoprofil eines Instituts zugänglich gemacht werden.

In Deutschland wurden die erweiterten Offenlegungsanforderungen der dritten Säule zum 1. Januar 2007 mit dem neuen § 26a KWG und der Einführung der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in nationales Recht umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2014 gelten in der gesamten Europäischen Union die Offenlegungsanforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR), die die bisherigen SolvV-Vorgaben ablösen. Die bislang in § 7 IVV a. F. geregelte Offenlegung von Informationen zur Vergütungspolitik findet sich nun ebenfalls in der CRR wieder.

Die im Bericht enthaltenen quantitativen Angaben entsprechen grundsätzlich dem Stand des Meldestichtags zum Ultimo Dezember des Berichtsjahres. Davon abweichend erfolgen die Angaben zu Kreditrisikooanpassungen auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses.

1.2 Anwendungsbereich (Art. 431, 436 und 13 CRR, § 26a KWG)

Die nachfolgenden Ausführungen enthalten die Angaben zum Anwendungsbereich der Offenlegung gemäß Artikel 431 und 436 CRR sowie § 26a (1) Satz 1 KWG.

Die Offenlegung der Sparkasse Herford erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

1.3 Einschränkungen der Offenlegungspflicht (Art. 432 CRR)

Die Sparkasse Herford macht von den Ausnahmeregelungen gemäß Artikel 432 CRR Gebrauch, bestimmte nicht wesentliche und vertrauliche Informationen bzw. Geschäftsgeheimnisse von der Offenlegung auszunehmen.

Eine Prüfung der Angemessenheit bei der Nicht-Offenlegung von nicht wesentlichen oder vertraulichen Informationen bzw. Geschäftsgeheimnissen gemäß den Vorgaben im BaFin-Rundschreiben 05/2015 (BA) wurde durchgeführt und entsprechend dokumentiert.

Folgende Ausnahmen wurden angewendet:

- Quantitative Offenlegungsinhalte, wie z. B. Risikopositionen, die nur einen geringen Umfang von weniger als 5% der Gesamtposition ausmachen, können als „sonstige Posten“ zusammengefasst werden. Bei Positionen unterhalb der 5%-Grenze ist eine weitere Aufschlüsselung unter Materialitätsgesichtspunkten nicht erforderlich.
- Kundenbezogene Informationen, die Rückschlüsse auf Kunden zulassen könnten, wurden nicht offengelegt. Begründung: Es werden vertragliche, datenschutzrechtlich relevante Inhalte geschützt.
- Nicht wesentliche Positionen sind Positionen die weniger als 0,1% der gesamten Risikopositionen ausmachen.

Davon unabhängig besitzen folgende Offenlegungsanforderungen der CRR aktuell keine Relevanz für die Sparkasse Herford:

- Art. 438 Buchstabe b) CRR (Keine Offenlegung von Kapitalaufschlägen gemäß Artikel 104 (1) Buchstabe a) CRD von der Aufsicht gefordert.)
- Art. 441 CRR (Die Sparkasse Herford ist kein global systemrelevantes Institut.)
- Art. 449 CRR (Verbriefungspositionen sind nicht vorhanden.)
- Art. 452 CRR (Für die Ermittlung der Kreditrisiken wird nicht der IRB-Ansatz, sondern der KSA zugrunde gelegt.)
- Art. 454 CRR (Die Sparkasse Herford verwendet keinen fortgeschrittenen Messansatz für operationelle Risiken.)
- Art. 455 CRR (Die Sparkasse Herford verwendet kein internes Modell für das Marktrisiko.)

1.4 Medium der Offenlegung (Art. 434 CRR)

Die offen zu legenden Informationen gemäß Artikel 434 CRR werden auf der Homepage der Sparkasse Herford veröffentlicht.

Der Offenlegungsbericht bleibt bis zur Veröffentlichung des folgenden Offenlegungsberichtes auf der Homepage der Sparkasse Herford jederzeit zugänglich. Der elektronische Zugang zum Offenlegungsbericht ist ohne namentliche Registrierung möglich.

Ein Teil der gemäß CRR offenzulegenden Informationen findet sich im Lagebericht der Sparkasse Herford. In diesen Fällen enthält der Offenlegungsbericht gemäß Artikel 434 (1) Satz 3 CRR einen Hinweis auf die Veröffentlichung im Lagebericht.

1.5 Häufigkeit der Offenlegung (Art. 433 CRR)

Gemäß Artikel 433 CRR müssen die nach Teil 8 CRR (Artikel 431 bis 455) erforderlichen Angaben mindestens einmal jährlich offengelegt werden.

Die Sparkasse Herford hat gemäß Artikel 433 Satz 3 CRR sowie den Vorgaben im BaFin-Rundschreiben 05/2015 (BA) geprüft, ob die Offenlegung mehr als einmal jährlich ganz oder teilweise zu erfolgen hat. Die Prüfung der Sparkasse Herford hat ergeben, dass eine jährliche Offenlegung ausreichend ist.

2 Risikomanagement (Art. 435 CRR)

2.1 Angaben zum Risikomanagement und zum Risikoprofil (Art. 435 (1) CRR)

Die Anforderungen und Informationen gemäß Art. 435 (1) Buchstaben a) bis d) CRR hinsichtlich der Risikomanagementziele und -politik einschließlich der Risikomanagementverfahren und -systeme sind im Lagebericht nach § 289 HGB unter Gliederungspunkt „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“ (kurz Risikobericht) offengelegt. Der Lagebericht wurde vom Vorstand genehmigt und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Erklärung des Vorstandes gemäß Art. 435 (1) Buchstaben e) und f) CRR

Der Vorstand erklärt gemäß Art. 435 (1) Buchstabe e) CRR, dass die eingerichteten Risikomanagementverfahren den gängigen Standards entsprechen und dem Risikoprofil und der Risikostrategie der Sparkasse angemessen sind.

Der Lagebericht enthält unter Gliederungspunkt „Prognose-, Chancen- und Risikobericht“ den Risikobericht. Dieser beschreibt das Risikoprofil der Sparkasse und enthält wichtige Kennzahlen und Angaben zum Risikomanagement. Der Risikobericht stellt die Risikoerklärung nach Art. 435 (1) Buchstabe f) CRR dar.

2.2 Angaben zur Unternehmensführung (435 (2) CRR)

Informationen zu Mandaten des Leitungsorgans

	Anzahl der Leitungsfunktionen	Anzahl der Aufsichtsfunktionen
Ordentliche Mitglieder des Vorstands	0	0
Ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrats	0	0

In den Angaben sind die Mandate aufgeführt, für deren Wahrnehmung gemäß §§ 25c und 25d KWG Beschränkungen bestehen. Die jeweiligen Leitungs- und Aufsichtsfunktionen im eigenen Institut sind nicht mitgezählt.

Auswahl- und Diversitätsstrategie für die Mitglieder des Leitungsorgans (Art. 435 (2) Buchstaben b) und c) CRR)

Die Regelungen für die Auswahl der Mitglieder des Vorstands sowie des Verwaltungsrats sind - neben den gesetzlichen Regelungen im KWG und im Sparkassengesetz NRW, in der Satzung sowie der Geschäftsanweisung für den Vorstand der Sparkasse enthalten.

Danach bestellt der Verwaltungsrat die Mitglieder des Vorstands in der Regel für fünf Jahre und bestimmt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Aus wichtigem Grund kann der Verwaltungsrat die Bestellung widerrufen. Für die Bestellung sowie die Wiederbestellung ist die Genehmigung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford als Träger der Sparkasse erforderlich.

Bei der Neubesetzung des Vorstands achtet der Verwaltungsrat darauf, dass die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder des Vorstands ausgewogen sind. Darüber hinaus werden bei den Entscheidungen die Vorgaben des Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie das Gleichstellungsgesetz des Landes NRW beachtet. Bei gleicher Eignung erfolgt die Besetzung von

Vorstandspositionen entsprechend des Gleichstellungsgesetzes mit einem Vertreter des unterrepräsentierten Geschlechts.

In der Regel unterstützt ein externes Beratungsunternehmen den Hauptausschuss und den Verwaltungsrat bei der Ermittlung von geeigneten Bewerbern für die Besetzung des Vorstandspostens. Dabei wird insbesondere Wert auf die persönliche Zuverlässigkeit sowie die fachliche Eignung gelegt. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass in ausreichendem Maß theoretische und praktische Kenntnisse in den betreffenden Geschäften sowie Leitungserfahrung vorhanden ist. Die Vorgaben des BaFin-Merkblatts für die Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern werden beachtet.

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über eine langjährige Berufserfahrung sowie umfangreiche Fachkenntnisse und Fähigkeiten in der Kreditwirtschaft.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse werden im Wesentlichen durch den Sparkassenzweckverband im Kreis Herford als Träger der Sparkasse entsandt. Daneben werden weitere Mitglieder des Verwaltungsrats (Bedienstetenvertreter) auf der Grundlage des Sparkassengesetzes NRW und der Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz NRW auf Vorschlag der Personalversammlung von der Trägervertretung gewählt. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig. Für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten die Mitglieder des Verwaltungsrats und die Hauptverwaltungsbeamten ein Sitzungsgeld.

Vorsitzender des Verwaltungsrats ist der Landrat des Kreises Herford. Die Mitglieder des Verwaltungsrats besuchen Qualifizierungsprogramme an der Sparkassenakademie NRW bzw. verfügen über langjährige Berufserfahrung als Mitarbeiter der Sparkasse, so dass ausreichende Kenntnisse und Sachverstand für die Tätigkeit im Verwaltungsrat der Sparkasse vorhanden sind. Die Vorgaben des BaFin-Merkblatts zur Kontrolle der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen werden beachtet.

Aufgrund dieser sparkassenrechtlichen Gegebenheiten ist die Festlegung und Umsetzung einer eigenständigen Diversitätsstrategie für den Verwaltungsrat nicht möglich.

Angaben zum Risikoausschuss (Art. 435 (2) Buchstabe d) CRR)

Ein separater Risikoausschuss wurde nach dem SpkG gebildet. In 2020 haben sieben Sitzungen stattgefunden.

Informationsfluss an das Leitungsorgan bei Fragen des Risikos (Art. 435 (2) Buchstabe e) CRR)

Die Informationen zur Risikoberichterstattung an das Leitungsorgan sind im Risikobericht des Lageberichts nach § 289 HGB unter Gliederungspunkt 4.1 offengelegt.

3 Eigenmittel (Art. 437 CRR)

3.1 Eigenkapitalüberleitungsrechnung

(Angaben gemäß Art. 437 (1) Buchstabe a) CRR i. V.m. Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013)

Die in der CRR geforderte vollständige Abstimmung der aufsichtsrechtlichen Kapitalposten mit den relevanten Bilanzposten ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Überleitungsrechnung zu Artikel 437 (1) Buchstabe a) CRR					
Handelsbilanz zum 31.12.2020		Überleitung	Eigenmittel zum Meldestichtag 31.12.2020		
Passivposition	Bilanzwert		Hartes Kernkapital	Zusätzliches Kernkapital	Ergänzungskapital
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	3.459	-3.459			
10. Genussrechtskapital	2.750	-2.211 1)			539
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	205.339	-25.259 2)	180.080		
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital	0				
b) Kapitalrücklage	0				
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	323.616	3)	323.616		
cb) andere Rücklagen	10.226	3)	10.226		
d) Bilanzgewinn	4.682	-4.682 4)	0		
Sonstige Überleitungskorrekturen:					
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen (Artikel 62c):					35.571
Unternehmen der Finanzbranche (Artikel 66 CRR):					
Immaterielle Vermögensgegenstände (Art. 36 (1) Buchst. b, 37 CRR):			-295		
Aktive latente Steuern (Art. 36 (1) Buchst. c, 38 CRR):					
Vorsichtige Bewertung von Fair Value Positionen (Art. 34, 105 CRR)			0		
Übergangsvorschriften (Artikel 478 CRR):					
Bestandsschutz für Kapitalinstrumente (Art. 484 CRR):					33.945
			513.627	0	70.055

1) Amortisierung gemäß Art. 64 CRR und Altbestandsregelung gemäß Art. 484 CRR

2) Abzug gebundener und im Rahmen des Jahresabschlusses 2020 zugeführter Beträge

3) Artikel 26 Abs. 1 Buchst. c) CRR

4) Die Feststellung des Bilanzgewinns ist im Folgejahr erfolgt. Über die Verwendung des Bilanzgewinns ist noch nicht entschieden worden.

Tabelle: Eigenkapitalüberleitungsrechnung

Die Daten entstammen den Bilanzpositionen des geprüften Jahresabschlusses 2020 sowie den aufsichtsrechtlichen Meldungen zu den Eigenmitteln per 31.12.2020.

3.2 Hauptmerkmale sowie vollständige Bedingungen der begebenen Kapitalinstrumente

(Angaben gemäß Art. 437 (1) Buchstaben b) und c) CRR i. V. m. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013)

Die Hauptmerkmale und Vertragsbedingungen sind der Tabelle „Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente“ im Anhang zum Offenlegungsbericht zu entnehmen.

3.3 Art und Beträge der Eigenmittelelemente

(Angaben gemäß Artikel 437 (1) Buchstaben d) und e) CRR i. V. m. Anhang VI der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013)

Eine detaillierte Aufstellung der Eigenmittelelemente ist dem Anhang zum Offenlegungsbericht zu entnehmen.

Art. 437 (1) Buchstabe f) CRR findet keine Anwendung.

4 Eigenmittelanforderungen (Art. 438 CRR)

Die Angaben zur Angemessenheit der Eigenmittel finden sich im Lagebericht nach § 289 HGB unter dem Punkt „Vermögenslage“ wieder. Der Lagebericht wurde vom Vorstand genehmigt und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Art. 438 Buchstabe b) CRR besitzt für die Sparkasse Herford keine Relevanz. Zur Ermittlung der Mindesteigenkapitalanforderungen wird der Kreditrisiko-Standardansatz angewendet. Daraus ergeben sich folgende Kapitalanforderungen:

	Betrag per 31.12.2020 (TEUR)
Kreditrisiko	
Standardansatz	
Zentralstaaten oder Zentralbanken	0
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	22
Öffentliche Stellen	1.341
Multilaterale Entwicklungsbanken	0
Internationale Organisationen	0
Institute	183
Unternehmen	103.173
Mengengeschäft	53.174
Durch Immobilien besicherte Positionen	18.701
Ausgefallene Positionen	3.841
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	212
Gedekte Schuldverschreibungen	818
Verbriefungspositionen	0
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0
Investmentfonds (OGA)	35.693
Beteiligungspositionen	8.934
Sonstige Posten	1.562
Fremdwährungsrisiko	
Netto-Fremdwährungsposition	1.878
Operationelle Risiken	
Basisindikatoransatz	18.328
Risikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA)	
Standardmethode	96

Tabelle: Eigenmittelanforderungen nach Risikoarten und Risikopositionsklassen

5 Kapitalpuffer (Art. 440 CRR)

Die Offenlegung des institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffers erfolgt analog der Ermittlung für Zwecke der Eigenmittelunterlegung. Für Fondspositionen erfolgt somit eine Durchschau gemäß aufsichtlicher Vorgaben. Die folgenden Tabellen stellen die geographische Verteilung der für die Berechnung des Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen sowie die Ermittlung des institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffers zum 31.12.2020 dar.

31.12.2020 TEUR	Allgemeine Kreditrisikopositionen		Risikopositionen im Handelsbuch		Verbriefungsrisikopositionen		Eigenmittelanforderungen			Gewichtungen der Eigenmittelanforderungen	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	
	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Summe der Kauf- und Verkaufposition im Handelsbuch	Wert der Risikoposition im Handelsbuch (interne)	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Davon: Allgemeine Kreditrisikopositionen	Davon: Risikopositionen im Handelsbuch	Davon: Verbriefungsrisikopositionen			
	010	020	030	040	050	060	070	080	090	100	110	120
Arabische Emirate	648						47			47	0,00	
Argentinien	30						2			2	0,00	
Aserbaidshon	371						30			30	0,00	
Australien	4.112						289			289	0,00	
Belgien	11.549						589			589	0,00	
Bermuda	31						2			2	0,00	
Brit. Jungferninseln	444						18			18	0,00	
Bulgarien	23						1			1	0,00	0,50%
Chile	1.661						89			89	0,00	
China, VR	123						10			10	0,00	
Deutschland	3.540.408						194.713			194.713	0,88	
Dänemark	8.194						596			596	0,00	
Finnland	11.724						938			938	0,00	
Frankreich	82.161						4.351			4.351	0,02	
Georgien	161						13			13	0,00	
Griechenland	1						0			0	0,00	
Großbritannien o.GG.JE.IM	53.476						2.351			2.351	0,01	
Guernsey	203						16			16	0,00	
Hongkong	489						20			20	0,00	1,00%
Indien	400						32			32	0,00	
Indonesien	1.038						83			83	0,00	
Irland	4.221						338			338	0,00	
Italien	17.423						1.370			1.370	0,01	
Japan	3.584						287			287	0,00	
Jersey	1.483						119			119	0,00	
Kaimaninseln	2.530						116			116	0,00	
Kanada	262						21			21	0,00	
Kasachstan	560						45			45	0,00	

31.12.2020 TEUR	Allgemeine Kreditrisikopositionen		Risikopositionen im Handelsbuch		Verbriefungsrisikopositionen		Eigenmittelanforderungen			Gewichtungen der Eigenmittelanforderungen	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	
	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Summe der Kauf- und Verkaufspostition im Handelsbuch	Wert der Risikoposition im Handelsbuch (interne)	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Davon: Allgemeine Kreditrisikopositionen	Davon: Risikopositionen im Handelsbuch	Davon: Verbriefungsrisikopositionen			
Kenia	7						0			0	0,00	
Kolumbien	253						20			20	0,00	
Kroatien	1						0			0	0,00	
Kuba	0						0			0	0,00	
Lettland	0						0			0	0,00	
Liechtenstein	193						7			7	0,00	
Litauen	263						21			21	0,00	
Luxemburg	13.562						1.011			1.011	0,00	0,25%
Malaysia	247						10			10	0,00	
Marokko	200						16			16	0,00	
Mexiko	5.868						445			445	0,00	
Neuseeland	2.741						90			90	0,00	
Niederlande	80.355						5.804			5.804	0,03	
Nigeria	332						13			13	0,00	
Norwegen	24.556						279			279	0,00	1,00%
Peru	166						13			13	0,00	
Polen	5.295						313			313	0,00	
Portugal	3.039						243			243	0,00	
Rumänien	11						1			1	0,00	
Russ.Föderation (ehem.Russland)	842						67			67	0,00	
Schweden	10.518						576			576	0,00	
Schweiz	9.610						743			743	0,00	
Serbien und Kosovo	0						0			0	0,00	
Singapur	957						52			52	0,00	
Spanien	18.871						1.503			1503	0,01	
Südafrika	939						75			75	0,00	
Thailand	9						0			0	0,00	
Trinidad u.Tobago	323						26			26	0,00	
Tschechische Republik	1.456						104			104	0,00	0,50%
Tunesien	1						0			0	0,00	
Ungarn	101						8			8	0,00	
Vereinigte Staaten von Amerika	41.128						2.978			2.978	0,01	
Zypern	0						0			0	0,00	
Österreich	15.220						734			734	0,00	
Summe	3.984.374						221.638			221.638		

Tabelle: Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen

	31.12.2020
Gesamtforderungsbetrag (in TEUR)	3.099.442
Institutsspezifische Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	0,00
Anforderung an den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer (in TEUR)	84

Tabelle: Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers

6 Kreditrisikoanpassungen (Art. 442 CRR)

6.1 Angaben zur Struktur der Kreditportfolios

(Angaben gemäß Art. 442 Buchstaben c) bis f) CRR)

Gesamtbetrag der Risikopositionen

Die Ermittlung des Gesamtbetrages der Risikopositionen erfolgt nach aufsichtlichen Vorgaben. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten (nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung) gemäß Artikel 111 CRR ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der Risikopositionen zum Meldestichtag in Höhe von 6.806,5 Mio. Euro setzt sich aus sämtlichen Risikopositionsklassen gemäß Artikel 112 CRR mit Ausnahme der Beteiligungs- und Verbriefungsrisikopositionen zusammen. Fondspositionen werden für Zwecke der Offenlegung nach Artikel 442 CRR nicht durchgeschaut. Es werden alle bilanziellen Geschäfte mit einem Adressenausfallrisiko sowie außerbilanzielle nicht derivative Positionen wie unwiderrufliche Kreditzusagen ausgewiesen.

Die nachfolgende Übersicht enthält den Gesamtbetrag der Risikopositionen aufgeschlüsselt nach den für den KSA vorgegebenen Risikopositionsklassen. Die Aufschlüsselung des Gesamtbetrags der Risikopositionen ist in Jahresdurchschnittswerten angegeben.

Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2020	Jahresdurchschnittsbetrag der Risikopositionen in Mio. €
Zentralstaaten oder Zentralbanken	534,6
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	599,8
Öffentliche Stellen	222,0
Institute	601,0
Unternehmen	1.744,6
Mengengeschäft	1.371,7
Durch Immobilien besicherte Positionen	734,6
Ausgefallene Positionen	43,5
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	1,5
Gedckte Schuldverschreibungen	200,2
Investmentfonds (OGA)	695,2
Sonstige Posten	57,8
Gesamt	6.806,5

Tabelle: Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen

Geografische Verteilung der Risikopositionen

Die Sparkasse ist ein regional tätiges Unternehmen. Da der weit überwiegende Anteil der Risikopositionen (97,62%) auf Deutschland entfällt, wurde unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten auf eine geografische Aufgliederung (gemäß Art. 442 Buchstabe d) CRR) verzichtet.

Aufschlüsselung der Risikopositionen nach Hauptbranchen

Die Sparkasse ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst offengelegt (Art. 442 Buchstabe e) CRR).

31.12.2020 Mio. EUR Finanzinstitute und öffentlicher Sektor	Banken	Offene Investment- vermögen inkl. Geldmarktfonds	Öffentliche Haushalte	Organisationen ohne Erwerbszweck	Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen
Zentralstaaten oder Zentralbanken	506,1	0,0	112,0	0,0	0,0
Regionale o. lokale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	566,4	1,4	0,0
Öffentliche Stellen	52,5	0,0	56,1	0	108,5
Institute	707,8	0,0	0,0	0,0	15,7
Positionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	200,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Investmentfonds (OGA)	0,0	711,2	0,0	0,0	3,6
Gesamt	1.466,6	711,2	734,5	1,4	127,8

Tabelle: Risikopositionen nach Branchen – Finanzinstitute und öffentlicher Sektor

31.12.2020 Mio. EUR Industrieunternehmen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Energie- und Wasserver- sorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe
Unternehmen	12,3	60,9	347,5	66,6
Davon: KMU	12,3	21,3	142,1	58,7
Mengengeschäft	9,8	2,4	40,7	44,2
Davon: KMU	9,8	2,4	40,7	44,2
Durch Immobilien besicherte Positionen	1,8	0,8	10,5	26,3
Davon: KMU	1,8	0,8	9,0	26,3
Ausgefallene Positionen	0,0	0,0	17,0	1,9
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	0	0,0	0,0	2,1
Gesamt	23,9	64,1	415,7	141,1

Tabelle: Risikopositionen nach Branchen – Industrieunternehmen

31.12.2020 Mio. EUR		Organisationen ohne Erwerbszweck	Handel-, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Grundstücks- und Wohnungswesen	Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	Privatpersonen	Sonstige
Dienstleistungsunternehmen und Privatpersonen									
Unternehmen	13,2	133,4	47,9	63,2	387,2	336,4	308,4	0,1	
Davon: KMU	10,0	86,9	40,4	16,9	317,4	141,6	0,2	0,1	
Mengengeschäft	2,1	52,8	9,6	6,2	28,3	94,4	1.092,4	2,6	
Davon: KMU	2,1	52,8	9,6	6,2	28,3	94,4	0,0	2,6	
Durch Immobilien besicherte Positionen	0,4	23,0	3,1	4,6	40,2	48,6	565,5	1,8	
Davon: KMU	0,4	23,0	3,1	4,6	39,7	48,6	0,1	1,8	
Ausgefallene Positionen	0,0	1,3	0,8	1,1	3,8	5,5	8,2	0,0	
Sonstige Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	59,4	
Gesamt	15,7	210,5	61,4	75,1	459,5	484,9	1.974,5	63,9	

Tabelle: Risikopositionen nach Branchen – Dienstleistungsunternehmen und Privatpersonen

Aufschlüsselung der Risikopositionen nach Restlaufzeiten

Bei den Restlaufzeiten (Offenlegung gemäß Art. 442 Buchstabe f) CRR) handelt es sich um vertragliche Restlaufzeiten.

31.12.2020 Mio. EUR	< 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Zentralstaaten oder Zentralbanken	506,4	85,1	26,5
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	175,0	65,7	327,2
Öffentliche Stellen	19,5	37,8	159,9
Institute	512,0	156,1	55,3
Unternehmen	362,9	318,4	1.095,8
Mengengeschäft	457,4	185,9	742,3
Durch Immobilien besicherte Positionen	32,7	67,1	626,8
Ausgefallene Positionen	9,4	15,0	15,3
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	0,6	1,5	0,0
Positionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	30,1	150,1	20,0
Investmentfonds (OGA)	5,7	0,0	709,1
Sonstiges	45,8	0,0	13,5
Gesamt	2.157,5	1.082,7	3.791,7

Tabelle: Risikopositionen nach Restlaufzeiten

6.2 Angaben zu überfälligen sowie notleidenden Positionen und zur Risikovorsorge

(Angaben gemäß Art. 442 Buchstaben a) und b) sowie g) bis i) CRR)

Definition überfälliger und notleidender Forderungen

„Notleidende Kredite“ sind Forderungen, für die Maßnahmen der Risikovorsorge wie Wertberichtigungen bzw. Teilabschreibungen getroffen wurden oder für die Zinskorrekturposten bzw. Rückstellungen mit Wertberichtigungscharakter gebildet wurden.

Forderungen werden im Offenlegungsbericht als „überfällig“ ausgewiesen, wenn Forderungen gegenüber einem Schuldner mehr als 90 aufeinander folgende Tage in Verzug sind und sie nicht bereits als „notleidend“ eingestuft sind. Dieser Verzug wird bei der Sparkasse nach Artikel 178 CRR für alle Risikopositionsklassen kreditnehmerbezogen ermittelt.

Ansätze und Methoden zur Bestimmung der Risikovorsorge

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Pauschalwertberichtigungen) abzuschirmen.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Zum anderen erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen noch zu erwarten sind.

Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, d. h. wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie nach § 26a KWG a.F..

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Notleidende und überfällige Risikopositionen nach Branchen und nach geografischen Gebieten

Die Nettozuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug gemäß festgestelltem Jahresabschluss 2020 im Berichtszeitraum 9,4 Mio. Euro und setzt sich zusammen aus Zuführungen und Auflösungen. Auf die Aufteilung nach Branchen in Bezug auf die Direktabschreibungen in Höhe von 2,9 Mio. Euro und die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen in Höhe von 0,8 Mio. EUR wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

31.12.2020 Mio. EUR	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB/Rückstellungen/ PWB	Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/PWB/Rückstellungen	Gesamtbetrag überfälliger Forderungen
Banken/Investmentfonds	0,0	0,0	0,0	0,0
Öffentliche Haushalte	0,0	0,0	0,0	0,0
Privatpersonen	4,7	9,8	3,8	5,8
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen davon	40,4	25,2	5,6	14,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	0,1	0,1	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	24,8	14,8	3,1	7,6
Baugewerbe	1,8	1,1	0,2	1,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,0	2,0	-0,2	0,6
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1,1	0,8	0,2	0,1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1,5	0,4	-0,4	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,3	0,6	0,0	2,2
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	6,8	5,4	2,7	3,1
Sonstige	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	45,1	35,0	9,4	20,5

Tabelle: Notleidende und überfällige Risikopositionen nach Branchen

Die Sparkasse ist ein regional tätiges Unternehmen. Da der weit überwiegende Anteil der notleidenden und überfälligen Risikoposition (99,9%) auf Deutschland entfällt, wurde unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten auf eine geografische Aufgliederung (gemäß Art. 442 Buchstabe h) CRR) verzichtet.

Entwicklung der Risikovorsorge

31.12.2020 Mio. EUR	Anfangs- bestand	Zuführung	Auflösung	Inanspruch- nahme	Endbestand
Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen	19,8	16,4	7,0	2,9	26,3
Pauschalwert- berichtigungen	4,5	4,2	0,0	0,0	8,7
Summe spezifische Kreditrisikoanpassungen	24,3	20,6	7,0	2,9	35,0
Allgemeine Kreditrisiko- anpassungen (als Ergän- zungskapital angerechnete Vorsorgereserven nach § 340f HGB)	35,4				35,6

Tabelle: Entwicklung der Risikovorsorge

7 Inanspruchnahme von ECAI und ECA (Art. 444 CRR)

Zur Berechnung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko verwendet die Sparkasse die in der CRR für den KSA vorgegebenen Risikogewichte. Dabei dürfen für die Bestimmung der Risikogewichte Bonitätsbeurteilungen externer Ratingagenturen herangezogen werden. Die folgende Übersicht enthält die benannten, aufsichtsrechtlich anerkannten Ratingagenturen (ECAI) sowie die Risikopositionsklassen, für welche die Agenturen in Anspruch genommen werden.

Risikopositionsklasse nach Artikel 112 CRR	Benannte Ratingagenturen
Zentralstaaten oder Zentralbanken	S&P, Moody's
Multilaterale Entwicklungsbanken	S&P, Moody's
Regionale und lokale Gebietskörperschaften	S&P, Moody's
Öffentliche Stellen	S&P, Moody's

Tabelle: Benannte Ratingagenturen je Risikoklasse

Die Übertragung der Bonitätsbeurteilung einer Emission auf die Forderung erfolgt grundsätzlich auf Basis eines systemtechnisch unterstützten Ableitungssystems, das mit den Anforderungen nach Artikel 139 CRR übereinstimmt. Grundsätzlich wird so jeder Forderung ein Emissionsrating oder – sofern dieses nicht vorhanden ist – ein Emittentenrating übertragen. Falls kein Rating zugeordnet werden kann, wird die Forderung wie eine unbeurteilte Risikoposition behandelt.

Das für die jeweilige Forderung anzuwendende Risikogewicht wird anhand der in der CRR vorgegebenen Bonitätsstufen ermittelt. Die Zuordnung der externen Bonitätsbeurteilungen zu den Bonitätsstufen erfolgt auf Basis der von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA veröffentlichten Standardzuordnung.

Risikopositionswerte nach Risikogewichten vor und nach Berücksichtigung von Kreditrisikominderung

Der Risikopositionswert bildet die Grundlage für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikopositionswerte aufgeschlüsselt nach Risikogewichten vor und nach im KSA angerechneten Sicherheiten.

Risikogewicht in % Risikopositionswert in Mio. EUR Je Risikopositionsklasse	0	10	20	35	50	70	75	100	150	250	1250
Zentralstaaten oder Zentralbanken	618,0										
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	489,6		1,4								
Öffentliche Stellen	52,6		160,9								
Institute	707,1		10,9		0,1			0,1			
Unternehmen								1.527,1			
Mengengeschäft							952,4				
Durch Immobilien besicherte Positionen				702,6							
Ausgefallene Positionen								8,2	29,5		
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen									1,8		
Gedekte Schuldverschreibungen	97,9	102,3									
Investmentfonds			73,5		231,2		296,0	114,1			
Beteiligungspositionen								106,7		2,0	
Sonstige Posten	39,8							19,5			
Gesamt	2.005,0	102,3	246,7	702,6	231,3		1.248,4	1.775,7	31,3	2,0	

Tabelle: Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderungen

Risikogewicht in % Risikopositionswert in Mio. EUR Je Risikopositionsklasse	0	10	20	35	50	70	75	100	150	250	1250
Zentralstaaten oder Zentralbanken	655,9										
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	584,1		1,4								
Öffentliche Stellen	92,9		83,8								
Institute	726,5		10,9		0,1						
Unternehmen								1.442,4			
Mengengeschäft							925,7				
Durch Immobilien besicherte Positionen				702,6							
Ausgefallene Positionen								6,4	27,8		
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen									1,8		
Gedekte Schuldverschreibungen	97,9	102,3									
Investmentfonds			73,5		231,2		296,0	114,1			
Beteiligungspositionen								106,7		2,0	
Sonstige Posten	39,8							19,5			
Gesamt	2.197,1	102,3	169,6	702,6	231,3		1.221,7	1.689,1	29,6	2,0	

Tabelle: Risikopositionswerte nach Kreditrisikominderungen

8 Beteiligungen im Anlagebuch (Art. 447 CRR)

Anteile an verbundenen Unternehmen, Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Anteile an geschlossenen Immobilienfonds werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen bis zum Zeitwert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Grundsätzlich gliedert die Sparkasse die Beteiligungen nachfolgenden Kriterien:

Strategische Beteiligungen

Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken der Beteiligungen hat der Vorstand im Rahmen eines Beteiligungs-Controllings die Zielsetzung des Beteiligungsgeschäfts formuliert. Im Vordergrund stehen:

- die Stärkung des Vertriebs durch Beteiligungen an Verbundunternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe
- die Erweiterung und Sicherung bestehender Kundenbeziehungen durch Beteiligungen an Kapitalbeteiligungsgesellschaften
- die Erschließung neuer Geschäftsfelder für die Sparkasse.

Mit 82,2 Mio. € entfällt auf die Beteiligung am regionalen Sparkassenverband (SVWL) der größte Betrag. Aus der Beteiligung am SVWL stammen Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt der WestLB AG, die die Sparkasse in ihr Risikomanagement einbezieht. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den um Abschreibungen reduzierten Anschaffungskosten.

Kapitalbeteiligungen

Kapitalbeteiligungen werden dem Finanzanlagevermögen bzw. dem Umlaufvermögen zugeordnet. Bei den Kapitalbeteiligungen handelt es sich um Kommanditanteile, Aktien eines Immobilienfonds und um börsengehandelte Finanzbeteiligungen im Zusammenhang mit Aktienanlagen in unseren Spezialfonds. Kapitalbeteiligungen werden mit dem Ziel eingegangen, hinreichende Renditen in Relation zum Risiko auf das investierte Kapital zu erwirtschaften.

Die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Beteiligungspositionen basieren auf der Zuordnung zu der Risikopositionsklasse Beteiligungen nach der CRR. Bei den Wertansätzen werden der in der Bilanz ausgewiesene Buchwert, der beizulegende Zeitwert sowie, sofern an einer Börse notiert, ein vorhandener Börsenwert ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert bei börsennotierten Beteiligungen ergibt sich aus dem Schlusskurs am Berichtsstichtag und entspricht dem Buchwert.

31.12.2020 Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert in Mio. €	beizulegender Zeitwert (fair value) in Mio. €
Strategische Beteiligungen		
- börsengehandelte Positionen	0,0	0,0
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	0,0	0,0
- andere Beteiligungspositionen	89,6	89,6
Kapitalbeteiligungen		
- börsengehandelte Positionen	17,0	17,0
- nicht börsennotiert, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörend	0,0	0,0
- andere Beteiligungspositionen	2,1	2,1

Tabelle: Wertansätze von Beteiligungspositionen

9 Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 CRR)

Zur angemessenen Reduzierung der Adressenausfallrisiken können bestimmte Kreditrisikominderungstechniken eingesetzt werden. Hierzu zählen die Hereinnahme von Sicherheiten sowie bilanzwirksame und außerbilanzielle Aufrechnungen.

Von bilanzwirksamen und außerbilanziellen Aufrechnungsvereinbarungen macht die Sparkasse keinen Gebrauch.

Die Werthaltigkeit und der rechtliche Bestand von Sicherheiten werden in Abhängigkeit von Art und Höhe in regelmäßigen Abständen überprüft. Werden der Sparkasse Informationen bekannt, die auf eine wesentliche (negative) Risikoänderung hindeuten, wird die jeweilige Sicherheit abhängig von ihrer Art und Höhe außerordentlich überprüft.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement ist über Arbeitsanweisungen geregelt. Die Regelungen beziehen sich auf die Bewertung, die wirksame Bestellung der Sicherheit, die regelmäßige Prüfung sowie die Speicherung im EDV-System.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherheiteninstruments zur Kreditrisikominderung trifft die Sparkasse Herford im Kontext ihrer Kreditrisikostrategie.

Die Sparkasse nutzt zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Die privilegierten privaten Grundpfandrechte werden im KSA nicht als Kreditrisikominderung, sondern als eigenständige Risikopositionsklasse berücksichtigt und unter Artikel 442 CRR offengelegt. Die Bewertung der Grundpfandrechte erfolgt gemäß den Anforderungen des Artikels 125 in Verbindung mit Artikel 208 CRR.

Als Sicherheitsinstrumente werden finanzielle Sicherheiten im eigenen Institut und der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse nach Art. 197 CRR und Gewährleistungen nach Art. 201 CRR für öffentlich verbürgte Darlehen in Anrechnung gebracht.

Für die einzelnen Risikopositionsklassen ergeben sich die folgenden Gesamtbeträge an gesicherten Positionswerten:

Portfolio	Finanzielle Sicherheiten in Mio. €	Garantien in Mio. €
- sonstige öffentliche Stellen	0	77,1
- Unternehmen	33,7	51,1
- Mengengeschäft	2,6	24,1
- überfällige Positionen	1,6	2,0
Gesamt	37,9	154,3

Tabelle: Besicherte Positionswerte

10 Marktrisiko (Art. 445 CRR)

Zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für das Marktrisiko verwendet die Sparkasse die aufsichtsrechtlichen Standardverfahren. Eigene interne Modelle i. S. von Art. 363 CRR kommen nicht zur Anwendung.

Für die zum Stichtag vorliegenden Fremdwährungsrisiken ergeben sich Eigenmittelanforderungen i.H.v. TEUR 1.877,9.

Für die Risikoarten Handelsbuch, Abwicklung, Waren und Optionen bestand zum Stichtag keine Unterlegungspflicht mit Eigenmitteln.

11 Zinsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 CRR)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstellungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Ermittlung des Verlustrisikos (Value-at-Risk) für den aus den Gesamtzahlungsströmen errechneten Barwert auf Basis der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 250 Tage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen, Verkäufe bzw. Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte).
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019
- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs mittels der IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 99,0 %). Die größte negative Auswirkung (Summe der Veränderung des Zinsüberschusses und des zinsinduzierten Bewertungsergebnisses bis zum Jahresende) im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre
- Für Bestände mit unbestimmter Fristigkeit werden geeignete Annahmen (Modell der gleitenden Durchschnitte) getroffen.
- Effekte aus vorzeitigen Kreditrückzahlungen durch implizite Optionen werden in der Cashflow-Aufbereitung berücksichtigt.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten in Form langfristiger Refinanzierungen auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps und Futures eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 6/2019(BA) der BaFin vom 06. August 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2020 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Zinsänderungsrisiken werden monatlich im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsberichtes gemessen, analysiert und reportet.

Quantitative Angaben (Art. 448 Buchstabe b) CRR)

In nachfolgender Übersicht werden die Auswirkungen eines Zinsschocks bei der vom Institut angewendeten Methode zur internen Steuerung des Zinsänderungsrisikos dargestellt:

31.12.2020	berechnete Barwertänderung	
	Zinsschock + 200 Basispunkte	Zinsschock - 200 Basispunkte
Mio. EUR	- 105,6	+ 10,6

Tabelle: Zinsänderungsrisiko

12 Gegenparteiausfallrisiko (Art. 439 CRR)

Qualitative Angaben (Art. 439 Buchstaben a) bis d) CRR)

Die Sparkasse schließt derivative Finanzgeschäfte zur Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und Währungsrisiken ab. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen in diesen Instrumenten wird nicht betrieben.

Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Positionen erfolgt auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardverfahren.

Die Anrechnungsbeträge für derivative Positionen werden zusammen mit den weiteren kreditrisikobehafteten Positionen bei der Ermittlung der Risikopositionen (Exposures) und bei der Limitierung der Risikohöhe berücksichtigt.

Für jeden Kontrahenten besteht zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses eine Obergrenze für die Anrechnung der Adressenausfallrisiken. Die Limithöhe ist abhängig von der Bonität und wird vom Vorstand beschlossen. Die Überwachung der Limite erfolgt anhand eines Limitsystems. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden außerbörslich (over the counter) abgeschlossen.

Derivate werden mit ihrem Kreditäquivalenzbetrag auf die genehmigten Kontrahentenlimite angerechnet, die auf Grund der Bonitätsschätzung diesen eingeräumt werden. Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken werden nicht berücksichtigt. Risikominderungstechniken werden nicht angewandt. Die Kontrahenten für Finanzgeschäfte zur Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken sind ausschließlich Banken des Sparkassenverbundes.

Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB. Für Geschäfte, für die zum Bilanzstichtag ein potentieller Verpflichtungsüberhang besteht, wird nach dem Vorsichtsprinzip entsprechende Risikovorsorge in Form von Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gemäß § 249 (1) HGB gebildet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war. Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken abgeschlossene Zinsswapgeschäfte sind in die Bewertung des Zinsbuchs einbezogen worden (s.a. Zinsrisiko im Anlagebuch).

Die Sparkasse hat keine Verträge mit Ihren Vertragspartnern abgeschlossen, die im Falle einer Ratingverschlechterung der Sparkasse zu Sicherungsnachschüssen bzw. der erstmaligen Stellung von Sicherheiten führen könnten.

Quantitative Angaben (Art. 439 Buchstaben e) bis h) CRR)

Das gesamte Gegenparteiausfallrisiko beläuft sich zum Stichtag 31.12.2020 auf 9,0 Mio. EUR (Zinsderivate, ohne anteilige Zinsen). Die Berechnung erfolgt gemäß CRR auf Basis der Marktbewertungsmethode. Der positive Wiederbeschaffungswert beträgt 2,2 Mio. EUR. Die Gegenparteiausfallrisiken haben im Verhältnis zu den gesamten Adressrisiken der Sparkasse eine untergeordnete Bedeutung.



13 Operationelles Risiko Art. 446 CRR)

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die durch Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen, einschließlich Rechtsrisiken, eintreten. Diese Begriffsbestimmung schließt die aufsichtsrechtliche Definition gemäß der CRR ein.

Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelles Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Art. 315 und 316 CRR.

14 Belastete und unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 CRR)

Belastete Vermögenswerte sind grundsätzlich bilanzielle und außerbilanzielle Vermögensgegenstände, die bei besicherten Refinanzierungsgeschäften und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit eingesetzt werden und die nicht uneingeschränkt genutzt werden können.

Die Belastung von Vermögenswerten bei der Sparkasse resultiert in erster Linie aus der Emission von Pfandbriefen, Treuhandkrediten, Weiterleitungsdarlehen und Wertpapierleihgeschäften.

Die Sparkasse hat mit allen Gegenparteien der Refinanzierungsgeschäfte, aus denen belastete Vermögenswerte resultieren, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Die als Sicherheiten hinterlegten Vermögenswerte stehen zweckgebunden spezifischen Verbindlichkeiten gegenüber.

Für Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank besteht ein Pfanddepot.

Eine Überbesicherung besteht in der Deckungsmasse für emittierte Pfandbriefe. Sie dient der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen. Die darüber hinaus gehende Überdeckung stellt einen zusätzlichen Emissionsspielraum sicher.

Der Anteil der in den unbelasteten Vermögenswerten enthaltenen Vermögensgegenstände, die nach Auffassung der Sparkasse für eine Belastung nicht infrage kommen, beträgt 1,27 Prozent. Dabei handelt es sich um immaterielle Vermögenswerte, Immobilien, technische Anlagen und sonstige Anlagegüter.

Die nachfolgenden Tabellen stellen die Vermögenswerte und Sicherheiten sowie deren Belastung dar, angegeben als Medianwerte auf Basis der vierteljährlichen Meldungen zum Quartalsultimo.

Medianwerte 2020 TEUR		Buchwert belasteter Vermögenswerte	Davon: Vermögenswerte, die unbelastet für eine Einstufung als EHQLA /HLQA infrage kommen	Beizulegender Zeitwert belasteter Vermögenswerte	Davon: Vermögenswerte, die unbelastet für eine Einstufung als ELQA oder HQLA infrage kommen	Buchwert unbelasteter Vermögenswerte	Davon: Vermögenswerte, die unbelastet für eine Einstufung als ELQA oder HQLA infrage kommen	Beizulegender Zeitwert unbelasteter Vermögenswerte	Davon: Vermögenswerte, die unbelastet für eine Einstufung als ELQA oder HQLA infrage kommen
		010	030	040	050	060	080	090	100
010	Vermögenswerte des meldenden Instituts	1.032.927				4.373.957			
030	Eigenkapitalinstrumente	-	-			776.719	-		
040	Schuldverschreibungen	254.513	254.513	258.313	258.313	359.956	214.198	364.120	218.301
050	davon: gedeckte Schuldverschreibungen	126.712	126.712	128.700	128.700	73.394	63.040	74.054	63.039
060	davon: forderungsunterlegte Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-
070	davon: von Staaten begeben	80.925	80.925	82.213	82.213	133.021	127.850	135.274	130.022
080	davon: von Finanzunternehmen begeben	168.466	168.466	171.144	171.144	227.240	83.592	230.446	84.970
090	davon: von Nichtfinanz- unternehmen begeben	-	-	-	-	-	-	-	-
120	Sonstige Vermögenswerte	780.211	-			3.212.281	-		
121	davon: Darlehen und Kredite	773.236	-			2.687.327	-		
122	davon: sonstige Vermögenswerte	6.950	-			68.439	-		

Tabelle: Belastete und unbelastete Vermögenswerte

Medianwerte 2020 TEUR		Beizulegender Zeitwert belasteter entgegengenommener Sicherheiten oder belasteter begebener eigener Schuldverschreibungen	Davon: Vermögenswerte, die unbelastet für eine Einstufung als EHQLA oder HQLA infrage kämen	unbelastet	unbelastet
				Beizulegender Zeitwert entgegengenommener zur Belastung verfügbarer Sicherheiten oder begebener zur Belastung verfügbarer eigener Schuldverschreibungen	Davon: EHQLA und HQLA
		010	030	040	050
130	Vom meldenden Institut entgegengenommene Sicherheiten				
140	Jederzeit kündbare Darlehen				
150	Eigenkapitalinstrumente				
160	Schuldverschreibungen				
170	davon: gedeckte Schuldverschreibungen				
180	davon: forderungsunterlegte Wertpapiere				
190	davon: von Staaten begeben				
200	davon: von Finanzunternehmen begeben				
210	davon: von Nichtfinanzunternehmen begeben				
220	Darlehen und Kredite außer jederzeit kündbaren Darlehen				
230	Sonstige entgegengenommene Sicherheiten				
240	Begebene eigene Schuldverschreibungen außer eigenen gedeckten Schuldverschreibungen oder forderungsunterlegten Wertpapieren				
250	Summe der Vermögens-werte, entgegen-genommenen Sicherheiten und begebenen eigenen Schuld-verschreibungen	1.032.927	254.513		

Tabelle: Entgegengenommene Sicherheiten

Die nachfolgende Übersicht enthält die mit belasteten Vermögenswerten und erhaltenen Sicherheiten verbundenen Verbindlichkeiten (Geschäfte der Passivseite und das Derivategeschäft), die die Quellen der Belastung darstellen.

Medianwerte 2020 TEUR		Kongruente Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten oder verliehene Wertpapiere	Belastete Vermögenswerte, entgegenommene Sicherheiten und begebene eigene Schuldverschreibungen außer gedeckten Schuldverschreibungen und forderungsunterlegten Wertpapieren
		010	030
010	Buchwert ausgewählter finanzieller Verbindlichkeiten	461.753	778.249
040	davon: Einlagen	416.669	378.490
090	davon: begebene Schuldverschreibungen	45.108	398.872
120	Andere Belastungsquellen	6.944	256.480

Tabelle: Belastungsquellen

15 Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)

Die Sparkasse ist im Sinne des § 25n KWG nicht als bedeutendes Institut einzustufen. Gemäß § 16 (2) IVV veröffentlicht die Sparkasse die nachfolgenden Informationen zu ihrem Vergütungssystem für Kreditinstitute ab einer Bilanzsumme von 3 Mrd. EUR.

I. Qualitative Angaben (gemäß § 16 Abs. 3 InstitutsVergV)

Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem

Die Sparkasse Herford ist tarifgebunden. Aus diesem Grund finden auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassenbeschäftigten die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst, insbesondere der TVöD-Sparkassen, Anwendung. Die ganz überwiegende Anzahl der Beschäftigten erhält eine Vergütung ausschließlich auf dieser tariflichen Basis.

Geschäftsbereiche

Die Geschäftsbereiche der Sparkasse Herford werden folgendermaßen untergliedert:

- A) Strategie
- B) Markt (einschließlich Private Banking und Treasury)

Jedem Geschäftsbereich ist der zuständige Vorstandsdezernent zugeordnet.

Ausgestaltung des Vergütungssystems

Die Beschäftigten erhalten die tarifliche Vergütung nach dem TVöD-Sparkassen.

Daneben haben alle Mitarbeitenden in allen Geschäftsbereichen die Möglichkeit, eine außertarifliche Zusatzvergütung (AT+) zu erhalten, für die angemessene Obergrenzen festgelegt wurden. Dazu wurde vom Vorstand mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung geschlossen und für alle Beschäftigten jederzeit zugänglich veröffentlicht.

Einzelne Führungskräfte und Mitarbeitende erhalten neben ihrer Vergütung für die Wahrnehmung bestimmter Funktionen und der damit verbundenen Verantwortung feste außertarifliche Zulagen. Sie sind nicht variabel, stehen in einem angemessenen Verhältnis zur übernommenen Funktion und Verantwortung der individuellen Aufgabe, werden durch Einzelbeschluss festgelegt und als monatliche Bruttozahlung geleistet. Die Anforderung der geltenden Institutsvergütungsverordnung (IVV) und der Mindestanforderungen Compliance wurden festgestellt. Für Funktionszulagen sind angemessene Obergrenzen festgelegt und veröffentlicht. Außerdem gelten veröffentlichte Grundsätze für Funktionszulagen.

Darüber hinaus können Beschäftigte der Sparkasse Herford im vertriebslich relevanten Teilbereich Immobilienvermittlungen zusätzlich zu ihrer tariflichen Fixvergütung variable außertarifliche Leistungen erhalten. Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit solchen Vergütungsregelungen ist im Verhältnis zum Gesamthaus mit weniger als 1% (0,74%) sehr gering. Sie erhielten nur rund 38% ihrer Bruttovergütung als variablen Anteil nach Vertriebs Erfolg. Durch diese moderaten Quoten besteht für die Beschäftigten kein schädlicher Anreiz zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken.

Außertarifliche Vergütungen

Vergütungsparameter

Vergütungsparameter für Teamziele und die Ziele der einzelnen Beschäftigten sind die quantitativen und qualitativen Ziele, anhand derer die Leistung und der Erfolg der Beschäftigten gemessen werden. Dabei setzt sich der Gesamtzieleerreichungsgrad aus funktionspezifischen Einzel- und Teamzielen zusammen. Der Erreichungsgrad wird aus einer Summe von mindestens 3 bis 5 (mit 10 bis 40%) gewichteten Einzelzielen gebildet.

Diese Ziele sind auf einen langfristigen und nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet. Mindestens 30% der Ziele müssen qualitativer Art sein.

Durch regelmäßige Überprüfung wird gewährleistet, dass es durch die Aufgabenstellung einzelner verantwortlicher Beschäftigter mit Kontrollfunktionen nicht zu gleichlaufenden Vergütungsparametern und einem daraus resultierenden Interessenskonflikt aus der Aufgabenstellung und der Zusatzvergütung kommen kann. Es wird so vermieden, dass die Führungskräfte eigene Ziele für die Zusatzvergütung nur dadurch erfolgreich umsetzen können, dass deren Mitarbeitende ihrerseits ausschließlich Vertriebsziele in den Vordergrund stellen und die notwendigen Qualitätsziele dafür vernachlässigen.

Art und Weise der Gewährung

Die Prämien aus der zielorientierten außertariflichen Zusatzvergütung (AT+) werden ganz überwiegend jährlich als Einmalzahlung an die Mitarbeiter/innen ausgezahlt.

AT+ als außertarifliches Zusatzvergütungssystem

Neben der regelmäßigen tariflichen Zahlung, haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit an einem zusätzlichen außertariflichen Vergütungssystem teilzunehmen.

- Das AT+-System ist ein Führungs- und Steuerungssystem, mit dem erfolgreiches Handeln, überdurchschnittliche Teamleistungen und Qualität in der Kundenberatung anerkannt werden.
- Erfolgreiches Handeln im Vertrieb ist gekennzeichnet durch eine bedarfsorientierte und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Kundenberatung. Eine qualifizierte Beratung bildet die Grundlage für eine langfristige Kundenbindung und -zufriedenheit und somit auch für den langfristigen Erfolg der Sparkasse.
- Es gibt keine Einzelwettbewerbe.
- Vertriebsserfolge werden zur Festlegung des individuellen Erfolges nicht als alleiniges Kriterium herangezogen.
- Relevante Personen (identisch mit WpHG-Anlageberater / Vertriebsbeauftragte) sind festgelegt und werden im Vorfeld über ihre besonderen Pflichten und das Vergütungssystem informiert.
- Im Rahmen des AT+-Systems ist für diese Personengruppe zu jedem Vertriebsziel ein entsprechendes Qualitätsziel zu vereinbaren, durch das sichergestellt wird, dass die Kundeninteressen angemessen beachtet werden.



- Die Nichterfüllung dieser Qualitätsziele kann nicht durch eine Übererfüllung von Vertriebszielen kompensiert werden. Ein Nichterreichen der Qualitätsziele hat Auswirkungen auf die Auszahlung und deren Höhe und führt bis zum vollständigen Wegfall der AT+-Zahlungen.
- Die korrekte Anwendung und Umsetzung durch die Führungskräfte wird ständig nachgehalten, das System jährlich überprüft. In diesem Rahmen wird auch die IVV + BT8-MAComp-Kompabilität festgestellt.

Durch entsprechende Vorgaben in der aktuellen Dienstvereinbarung (Stand: 01.01.2020 / Laufzeit: 31.12.2021 / für alle Beschäftigten veröffentlicht im ICM) wird sichergestellt, dass

- die Höhe der Zuwendungen an einzelne Mitarbeitende nicht in einem Missverhältnis zur tariflichen Zahlung steht. (max. 50% der Gesamtvergütung in Punkt 3.1 der DV) und
- unter Berücksichtigung des Teamerfolges ausgekehrt wird.
- - unter Berücksichtigung der individuellen tariflichen Bezahlung nur besondere Leistungen zur Berücksichtigung im AT+ führen.

Beschäftigte mit Kontrollfunktion

Beschäftigte mit Kontrollfunktionen genießen effektive Unabhängigkeit und haben angemessene Befugnisse, um den uneingeschränkten Einfluss des Finanz- und Risikomanagements auf erfolgsorientierte Vergütung zu wahren. Die Objektivität ist durch die Methoden der Festlegung der Vergütung nicht beeinträchtigt oder gefährdet. Sie erhalten eine Mischung aus fixer und variabler Vergütung, wobei die Festvergütung mit mindestens 80 % der Gesamtjahresvergütung den variablen Anteil bei weitem überwiegt. Die variable Vergütung ist zudem an die funktionsspezifischen Ziele der jeweiligen Aufgabe gebunden.

In der Sparkasse Herford sind als Beschäftigte mit Kontrollfunktionen i.S.d. IVV/BT 8 MaComp folgende Positionen und Mitarbeitende festgelegt:

- a) Leiter der Internen Revision: Bereichsdirektor Achim Hausmann
- b) Leiterin Personalmanagement: Bereichsdirektorin Beate Dewenter
- c) Leiterin Beauftragtenwesen: Petra Große-Wortmann (Compliance-Beauftragte WpHG)
- d) Leiter Gesamtbanksteuerung: Bereichsdirektor Michael Eickmann (Chief-Risk-Officer)
- e) Leiter Vorstandsstab: Bereichsdirektor Bernd Eickhoff (Compliance-Beauftragter MaRisk)

Über regelmäßige Kontrollen durch das Personalmanagement wird gewährleistet, dass es durch die Aufgabenstellung einzelner verantwortlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen nicht zu gleichlaufenden Vergütungsparametern und einem daraus resultierenden Interessenkonflikt aus der Aufgabenstellung und der Zusatzvergütung kommen kann.

Vermeidung negativer Anreize aus der Gewährung variabler Vergütungen

Da die Ziele zudem für die einzelnen Geschäftsbereiche unmittelbar aus den Unternehmenszielen abgeleitet werden, ist sichergestellt, dass die individuellen Ziele nicht im Widerspruch zu den in der Strategie niedergelegten Zielen stehen. Schädliche Anreize zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken werden vermieden.

Der variable Anteil der Vergütung der Beschäftigten in der Sparkasse Herford macht rund 4,5% der Gesamtvergütung der Mitarbeitenden aus. Eine signifikante Abhängigkeit der Beschäftigten von der variablen Vergütung entsteht dadurch nicht. Einzelne Beschäftigte, die in vertrieblisch besonders relevanten Teilbereichen tätig sind, erhalten im Einzelfall höhere variable außertarifliche Leistungen, die jedoch im Einzelfall nicht mehr als 30 % der jährlichen Gesamtbruttovergütung überschreiten, so dass auch in diesen Ausnahmefällen eine solche Abhängigkeit nicht entstehen kann.

Neben den individuellen Leistungen wird auch der Gesamterfolg der Sparkasse Herford berücksichtigt.

Der Bereich Personalmanagement überprüft anlassbezogen und mindestens jährlich das Vergütungssystem hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben des BT 8 MaComp. Ausgangspunkt ist eine aktuelle Bestandsaufnahme des Kreises der relevanten Mitarbeitenden, der Vergütungskomponenten mit dem Schwerpunkt der variablen Bestandteile sowie des Zielsystems im Wertpapierdienstleistungsgeschäft. Aus der Bestandsaufnahme ist ein ggf. erforderlicher Handlungsbedarf abzuleiten. Das Ergebnis der Überprüfung wird dokumentiert und der Compliance-Funktion zur Verfügung gestellt. Das Personalmanagement bindet neben der Compliance-Funktion auch die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen rechtzeitig in die Einrichtung, Ausgestaltung und Umsetzung von Vergütungssystemen und Dienstvereinbarungen (Neuabschlüsse, Änderungen) ein.

Die Compliance-Funktion nach WpHG überwacht ihrerseits regelmäßig jährlich anhand von Stichproben vor der Auszahlung aus dem AT+-System die systemkonforme Anwendung der internen Regelungen zu den Vorgaben des BT 8 MaComp und leitet unter Einbeziehung des Personalmanagements ggf. erforderliche Handlungsbedarfe ab.

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Sparkasse Herford richtet sich nach den Empfehlungen des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL), die eine angemessene Obergrenze des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungen vorsehen.

Die Gesamtjahresbruttovergütung besteht aus einer Festvergütung (Jahresgrundbetrag zzgl. einer allgemeinen fixen Zulage) sowie geldwerten Vorteilen insbesondere aus der Gestellung von Dienstwagen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zum Erhalt einer variablen Zulage (Höhe entsprechend Empfehlungen SVWL: max. 15% des Jahresgrundbetrages), deren Zahlung und Höhe auf Basis des Ergebnisses der Sparkasse Herford jährlich durch Beschluss des Verwaltungsrates festgelegt wird.

Einbindung externer Berater

Bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ist eine Einbindung externer Berater nicht erfolgt.

II. Quantitative Angaben (gemäß § 16 Abs. 2 InstitutsVergV)

Geschäftsbereich	Gesamtbetrag der fixen Vergütung (in TEUR)	Anzahl der Begünstigten der fixen Vergütung	Gesamtbetrag der variablen Vergütung (in TEUR)	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütung
A) Strategie	14,2 Mio. Euro (Inkl. Pensionsrückstellung Vorstand)	288 MA	0,5 Mio. Euro	223 MA
B) Markt (einschl. Private Banking und Treasury)	29,0 Euro (Inkl. Pensionsrückstellung Vorstand)	656 MA	1,5 Mio. Euro	517 MA
Gesamthaus (nachrichtlich)	43,2 Mio. Euro	944 MA	2,0 Mio. Euro	740 MA

Erläuterung der tabellarischen Darstellung:

Den Geschäftsbereichen ist jeweils ein Vorstandsmitglied zugeordnet. Die daraus resultierenden Gesamtbeträge der fixen bzw. variablen Vergütung je Geschäftsbereich werden daher einschließlich fixen und variablen Vergütungsbestandteile des zuständigen Vorstandsmitgliedes dargestellt.

Stand der erhobenen Zahlen: **31.12.2020**

16 Verschuldung (Art. 451 CRR)

Die Verschuldung und die Verschuldungsquote werden gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/62 ermittelt. Dabei wird die Möglichkeit der Nicht-Berücksichtigung von Treuhandkrediten nach Art. 429 (11) CRR¹ nicht genutzt.

Der Vorstand wird regelmäßig über die Höhe der Verschuldungsquote informiert.

Die Verschuldungsquote ist derzeit aufsichtlich noch nicht begrenzt. Daher verzichtet die Sparkasse auf eine entsprechende Limitierung.

Die Verschuldungsquote belief sich zum 31. Dezember 2020 auf 8,30 Prozent (gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/62).

Die Sparkasse nutzt die Erleichterung gemäß VO(EU) 2020/873 Artikel 500b zur vorübergehenden Ausnahme von Risikopositionen gegenüber Zentralbanken bei der Ermittlung der Verschuldungsquote. Die ausgenommenen Risikopositionen sind in der Zeile EU-19b der Tabelle LRCom enthalten. Die Verschuldungsquote beträgt dann 9,10 Prozent.

Die nachfolgenden Tabellen erläutern die Zusammensetzung der Verschuldungsquote. Alle Daten beziehen sich auf den Stichtag der Offenlegung.

Zeile LRSum		Anzusetzender Wert TEUR
1	Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	5.578.121
2	Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	0
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen in der Bilanz angesetzt wird, aber gemäß Artikel 429 Absatz 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleibt)	0
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	8.992
5	Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	53.520
6	Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	241.746
EU-6a	(Anpassung für gruppeninterne Risikopositionen, die gemäß Artikel 429 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	0
EU-6b	(Anpassung für Risikopositionen, die gemäß Artikel 429 Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	0
7	Sonstige Anpassungen	-236.165
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	5.646.214

Tabelle: Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

¹ Gemäß delegierter Verordnung 2015/62 zur Änderung der CRR entspricht dies Art. 429 (13) CRR

Zeile LRCom		Risikopositionen für die CRR- Verschuldungsquote TEUR
Bilanzwirksame Risikopositionen (ohne Derivate und SFT)		
1	Bilanzwirksame Posten (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen, aber einschließlich Sicherheiten)	5.617.956
2	(Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivabeträge)	(-294)
3	Summe der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	5.617.662
Risikopositionen aus Derivaten		
4	Wiederbeschaffungswert aller Derivatgeschäfte (d. h. ohne anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	2.183
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	6.809
EU-5a	Risikoposition gemäß Ursprungsrisikomethode	0
6	Hinzurechnung des Betrags von im Zusammenhang mit Derivaten gestellten Sicherheiten, die nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen von den Bilanzaktiva abgezogen werden	0
7	(Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivatgeschäften)	0
8	(Ausgeschlossener ZGP-Teil kundengeclearter Handelsrisikopositionen)	0
9	Angepasster effektiver Nominalwert geschriebener Kreditderivate	0
10	(Aufrechnungen der angepassten effektiven Nominalwerte und Abzüge der Aufschläge für geschriebene Kreditderivate)	0
11	Summe der Risikopositionen aus Derivaten (Summe der Zeilen 4 bis 10)	8.992
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)		
12	Brutto-Aktiva aus SFT (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	267.602
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brut-to-Aktiva aus SFT)	0
14	Gegenparteiausfallrisikoposition für SFT-Aktiva	0
EU-14a	Abweichende Regelung für SFT: Gegenparteiausfallrisikoposition gemäß Artikel 429b Absatz 4 und Artikel 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	53.521
15	Risikopositionen aus als Beauftragter getätigten Geschäften	0
EU-15a	(Ausgeschlossener ZGP-Teil von kundengeclearten SFT-Risikopositionen)	0
16	Summe der Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	321.123

Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen		
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	978.849
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	(-737.103)
19	Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	241.746
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Artikel 429 Absatz 7 und Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen		
EU-19a	(Gemäß Artikel 429 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 nicht einbezogene (bilanzielle und außerbilanzielle) gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis))	0
EU-19b	(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Artikel 429 Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen	(-543.309)
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionsmessgröße		
20	Kernkapital	513.627
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	5.646.214
Verschuldungsquote		
22	Verschuldungsquote	9,10
EU-22a	Verschuldungsquote (ohne die Auswirkungen einer anwendbaren vorübergehenden Ausnahme von Risikopositionen gegenüber Zentralbanken)	8,30
Gewählte Übergangsregelung und Betrag ausgebuchter Treuhandpositionen		
EU-23	Gewählte Übergangsregelung für die Definition der Kapitalmessgröße	transitional
EU-24	Betrag des gemäß Artikel 429 Absatz 11 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgebuchten Treuhandvermögens	0

Tabelle: Einheitliches Offenlegungsschema für die Verschuldungsquote (LRCom)

Zeile LRSpI		Risikopositionen für die CRR- Verschuldungsquote TEUR
EU-1	Gesamtsumme der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und ausgenommene Risikopositionen), davon:	5.074.648
EU-2	Risikopositionen im Handelsbuch	0
EU-3	Risikopositionen im Anlagebuch, davon	5.074.648
EU-4	Gedekte Schuldverschreibungen	55.782
EU-5	Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	494.770
EU-6	Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die nicht wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	160.657
EU-7	Institute	440.254
EU-8	Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	699.558
EU-9	Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	888.802
EU-10	Unternehmen	1.457.963
EU-11	Ausgefallene Positionen	36.307
EU-12	Sonstige Risikopositionen (z. B. Beteiligungen, Verbriefungen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	840.555

Tabelle: Aufgliederung der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und ausgenommene Risikopositionen) – (LRSpI)